

BESCHLUSS

der Bundesschülertagung 2019

09./10. November 2019 in Mannheim

Antrag A12

Ein neuer Umgang mit Cannabis

Die Schüler Union Deutschlands (SUD) fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag und die Bundesminister, Staatsminister und Staatssekretäre der CDU und CSU in der Bundesregierung dazu auf, sich für einen neuen Umgang mit Cannabis stark zu machen.

Ziel ist es, liberalere gesetzliche Regelungen im Umgang mit Cannabis zu schaffen und den Besitz sowie Konsum von Cannabis und Cannabisprodukten, für Erwachsene ab 21 Jahren, zu entkriminalisieren und zu legalisieren.

Begründung:

Im Gegensatz zu fast allen psychoaktiven Stoffen wie z. B. Koffein, Nikotin, Alkohol, usw., ist THC (der Inhaltsstoff von Cannabis) nicht toxisch. Es gibt keine letale Dosis. Cannabis ist weder akut noch bei Dauergebrauch giftig, es wirkt nicht abiotisch.

Im Jahr 2018 wurden 218.660 Delikte im Zusammenhang mit Cannabis gezählt. Laut dem Bund der deutschen Kriminalbeamten (welche eine Legalisierung befürworten), befassten sich hierbei jedoch nur rund 30% der aufgenommenen Straftaten mit dem Verkauf der Substanzen. Ca. 70% hingegen mit dem Konsum.

Mit der Entkriminalisierung von Besitz und Konsum würde folglich ein erheblicher Minderaufwand für die deutschen Kriminalbeamten einhergehen.

Eine Entkriminalisierung von Cannabis löst aber nicht das große Problem des illegalen Handels. Laut Zahlen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung beziehen monatlich 1,4 Millionen Menschen Cannabis aus den Schwarzmärkten. Ebenso stellen wir als SUD mit großer Sorge fest, dass Schulhöfe immer mehr zu Drogenumschlagsplätzen werden. Der damit verbundene Kontakt mit härteren Drogen könnte durch eine staatlich kontrollierte Abgabe vermieden werden. Wie es die Erfahrungsberichte der Länder, welche Cannabis bereits legalisiert haben, zeigen, würde durch die Legalisierung ein Großteil der harten Drogenszene eingedämmt werden.

Aus einer aktuellen Studie der Universität Düsseldorf geht hervor, dass dem deutschen Fiskus jährlich 2,39 Milliarden Euro Steuereinnahmen entgehen. Der mit der staatlichen Kontrolle verbundene ökonomische Vorteil könnte beispielsweise in verbesserte präventive Maßnahmen im Umgang mit allen Rausch- und Betäubungsmitteln investiert werden. Hier zeigen sich aktuell massive Handlungsfelder.

Den Erfahrungsberichten der Länder, die Cannabis entkriminalisiert (Portugal, Spanien, Italien, usw.), bzw. legalisiert (Kanada, Washington, Colorado, usw.) haben, ist eindeutig ein Rückgang der Suchtpatienten zu entnehmen.

Antragsteller: Schüler Union LV Bayern